

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: H. Mosse, Haackenstein & Vogler, G. L. Daube,  
Invalidentend. Berlin Bernh. Arnst, Max Gerthmann,  
Eberfeld B. Thienes, Greifswald G. Wies. Halle a. S.  
Joh. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner,  
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Gebr. Eisler. Kopenhaagen J. A. F. Wolff & Co.

Ueber die Nachenschaft der Herren Graf Schwerin-Pöwitz, Bopelius, von Plß und Genossen, wodurch eine Unterstiftung der zweitbedeutigsten „Politik der Sammlung“ vom dem wirthschaftlichen Auschuß her beabsichtigt ist, bringt die „Nat.-Lib. Storr.“ noch einige nähere Mittheilungen; darnach lautete der vorgelegte Entwurf einer Erklärung:

„Am 31. Dezember 1903 laufen unsere Handelsverträge mit Belgien, Italien, Österreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien ab und wir werden alsdann auch in eine Prüfung unserer anderweitigen Handelsverträge einzutreten haben. Bei dem erneuten Abschluß solcher Verträge erscheint es aber zweifelhaft, ob die bestehende Meistbegünstigungsklausel, die allen Staaten auf gleiche Konzessionen ohne Entzogenen läßt, welche wir von dritten Vertragsmächten mit wirtschaftlichen Opfern erkauf haben, in der bisherigen Form fernerhin aufrecht zu erhalten sein wird. — Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hängt von der künftigen Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande ab. Die Reichsregierung hat durch Begründung des wirtschaftlichen Aufschwüses und durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen den festen Willen bekundet, die vielseitigen und schwierigen Fragen unseres Erwerbslebens zu vertiefen und begründet gefundenen Forderungen nach wirksamem Schutze unserer schaffenden Arbeit gerecht zu werden. Der Reichsregierung auf dieser Bahn zu folgen, liegt im gemeinsamen Interesse aller Stände. Die Entscheidung aber liegt bei dem neu zu wählenden Reichstage, der sowohl über den zeitgemäßen Ausbau unseres Zolltarifs, wie über den Abschluß neuer Handelsverträge zu beschließen haben wird. Von dem Ausfall der Reichstagswahlen hängt die Durchführung einer nationalen Wirtschaftspolitik ab. Daher ist die Sammlung aller derjenigen Parteien und wirtschaftlichen Gruppen, welche an Stelle des Kampfes der Interessen gegen einander den friedlichen Ausgleich derselben erstreben, für die bevorstehenden Wahlen geboten. — Die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe müssen sich vereinen, unter Zurückstellung neben sächlicher Parteigegensätze nur für solche Kandidaten einzutreten, welche fest auf dem altbewährten Programm des Schutzes der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Berücksichtigung aller Zweige des Erwerbslebens stehen. An alle Anhänger des Schutzes der nationalen Arbeit ergeht die dringende Aufforderung, schon bei der Aufstellung der Kandidaten sich über die Wahl eines Mannes zu einigen, welcher richthaltigst auf dem Boden der nationalen Wirtschaftspolitik steht.“

Weiter berichtet die genannte Korrespondenz: „Von den 23 Erschienenen entfernte sich einer; 22 blieben. Dabon gehörten drei nicht dem Auschuß an, darunter Geh. Finanzrat Fende aus Essen, der politisch zur freisinnigsten Partei zu rechnen ist. Von der Revolution wurden die oben durch Sperrdruck hervorgerufenen Worte abgeändert und statt „alsdann“, „redigirt“ vorher, statt „begründet gefundenen“, „begründeten“ gesetzt. Sodann wurde der Passus „unter Zurückstellung nebensätzlicher Parteigegensätze“ auf Wunsch einiger Mitglieder des Zentrums, und aufseher, zur national-liberalen Partei gehöriger Mitglieder des Zollbeiraths vor allen Dingen abgeändert in die Worte: „innerhalb der bestehenden Parteien“. Damit waren aber insbesondere die Einberufer wenig einverstanden. Da man überdies, abgesehen von dem angeführten Passus über die Weistbegünstigungs-Kaufel, wie bereits gesagt, auch noch darauf bestand, daß die bisherige Agitation einschließlich der Forderung kurzfristiger Verträge und des Antrags Stank auch „innerhalb der bestehenden Parteien“ weiter betrieben werde solle, so kamen nur elf Unterschriften zu Stande; elf Unterschriften wurden verweigert, darunter ein erheblicher Theil landwirtschaftlicher. Auch die Unterschriften der Mitglieder des wirtschaftspolitischen Ausschusses, die zur national-liberalen Partei und zum Centrum gehören, fehlen in Folge dessen unter dem Entwurf.“

Die Polizei hat an dem Orte, wo der Mordanschlag gegen den König verübt wurde, eine mit Dynamit gefüllte Grube entdeckt. Die übrigen 11 Genossen Karbitz's ermittelten Einzelheiten werden befragt. Der verhaftete Theilnehmer am Mordanschlag gegen den König, Knebel, ist ein 35jähriger Mann, ehemaliger Unt...

— Ueber antichretische Verpfändung von Grundstücken, durch welche Hypothekenzinsabhängiger, Bauhandwerker und Miether schweren Schaden erleiden können, berichtete in der Sommereröffnung des Grundbesitzer-Vereins „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Berlin, der Syndikus desselben, Herr Rechtsanwalt Dr. Schöps. Die „Antichrese“ ist ein beliebtes Mittel zahlungsunfähiger Baunthümer, dem Drängen eines hartnäckigen Gläubigers und der Substitution zu entgehen; sie ist oft auch eine „Schleichung“, um die Hypothekenzinsabhängiger und Bauhandwerker zu benachtheiligen und ist viel mehr in Anwendung, als gemein angenommen wird. Durch die antichretische Verpfändung eines Grundstücks, welche nach einem einfachen schriftlichen Vertrag und nach einer Mittheilung an die Miether bezugnehmend die Vorstellung des antichretischen Besitzers nach den wirklichen Besitz des Hauses in rechtlicher Weise erfolgen kann, werden die Miether, ohne gerichtliches Urtheil, verpflichtet, die Miete zu zahlen an den antichretischen Besitzer des Hauses nach. Dieser hat allerdings gesetzlich die Pflicht, aus den Mietheinnahmen auch die Hypothekenzinsen und die sonstigen Lasten des Grundstücks zu bestreiten; wenn dies aber nicht geschieht, so ist der Fall sein soll, so sind eben die zu

offizier, Angehöriger einer Athener eigenthümlichen Spezies von Leuten, die die Mitte zwischen Zuhälter und Brabo einnehmen und hier Anarchismus genannt werden. Kardigsi scheint eine allgemeine Idee von Anarchismus zu haben; er erweist sich als ein stumpfsinniger Kopf, den die Deklamationen einer gewissen Presse aufgereizt haben, die jeden Morgen und jeden Abend Verarrh schreien den König beschimpft und die Königl. Familie vergrößlich beleidigt. Der Verbrecher hatte eine Anstellung im Bürgermeisteramt, wo er sich jedoch sehr selten blicken ließ. Nachdem die Polizei in Erfahrung gebracht hatte, daß er sich in einem bestimmten verdächtigen Hause verborgen halte, umgingelte sie dasselbe. Um den gegen ihn bestehenden Verdacht zu beseitigen, begab sich Kardigsi aus freien Stücken zur Staatsanwaltschaft. Hier wurde er jedoch dermaßen mit Fragen in die Enge getrieben, daß er schließlich gestand, einer der Urheber des Anschlags gegen den König zu sein. Er zeigte keinerlei Reue und erklärte, wenn seinem Mißthunigen, als diegenam am Boden knieend auf den König schöß, nicht die Hand gezögert hätte, wäre der König unfehlbar getödtet worden. Später hüllte Kardigsi sich in vollkommenes Stillschweigen; er weigerte sich auch, seine Mißthunigen namhaft zu machen. „Arty“ erzählt inbessen, bereits seit zwei Monaten sei verschiedenen Personen bekannt gewesen, daß ein geheimnißvoller Klub, der an entfernten Stellen der Stadt im Verborgenen Sitzungen abhielt, schließlich beschloßen hatte, den Königin nach der Annahme des Gesetzes über die internationale Finanzkontrolle umzuändern. Die Beschließung dieses Klubs wurden aufzeichnet und dem Könige selbst Abschriften derselben zugestellt; darin kam Kardigsi's Name häufig vor. Der König beachtete jedoch die Drohungen niemals und fuhr fort, allein oder mit der Prinzessin Marie auszugehen oder auszufahren; in letzter Zeit waren dem König auch viele anonyme Briefe zugegangen. Die Mitglieder des Klubs gehören den niedersten Gesellschaftsklassen an; es sind darunter viele beschäftigungslose Handarbeiter, zerrüttete Geisteszen und überspannte junge Burischen. Diese Leute betrachteten den König und die Staatsmänner des Landes als Werkzeuge der ausländischen Mächte.

wird noch gemeldet, daß am Sonntag in Paris eine Versammlung von 2000 Personen Zola, Labri und Biquart ihre Verurteilung ansprach und beschloß die Fortsetzung des Vorgehens zu Gunsten von Dreyfus. Die nunmehr amtlich erfolgte Feststellung des Stimmverhältnisses beweist, daß Zola Freisprechung nur an einem Haare hing. Mit Geschworene befaßten, die verneinten die Schuldfrage; die milderen Umständen wurden mit Stimmengleichheit abgelehnt. Der „Temps“ tadelt scharf die Maßregelung der für Zola günstigen Zeugen, die er als eine Verletzung des Gesetzes bezeichnet.

Die Probestoffen, die Zola zu bezahlen hat, betragen, wenn die heutige angeblich definitive Aufstellung der Blätter richtig ist, nur 79 Francs und 4 Francs für jede Zeugenzeigung, im Ganzen also kaum 500 Francs. Die „Republique française“, das Organ Melines, sucht die Ablegung des Professors Grimaud damit zu vertheiligen, daß Grimaud von den Schülern der Ecole Polytechnique ausgespionirt worden wäre, wenn er wieder im Schlaraf erschienen wäre. Eine Vertrauensgabe des „Jour“ meldet, Biquart habe dem Colonel Henri, der ihn bekanntlich vor den Geschworenen einen Lügner genannt, heute zwei Zeugen geschickt. Es sei ungewiß, ob Henri nicht ablehnen werde, sich mit Biquart zu theilen, da Biquart durch den Beschluß seiner Vorgesetzten aus der Armee entfernt und damit disqualifizirt sei.

Wie nachträglich bekannt wird, war der Ministerrath über die Maßregelung Picquart's getheilter Meinung. Mehrere Minister, darunter Genotant, widerstrebten der Verabschiedung, welche Pillet mit nur einer einzigen Stimme Mehrheit durchsetzte. Auffallend ist die Thatsache, daß das Dekret im Amtsblatt noch nicht erschienen ist.

Nach einer Meldung aus Danzig wird der Kaiser dort Anfangs Mai zur Beichtigung des Verfalls der Arbeiten an den Panzerkreuzern „Fregata“ und „Bineta“ eintreffen. Seine Teilnahme an der Grundsteinlegung der Kirche in Rangfur, welche zum Militärgottesdienst benutzt werden soll, und zu welcher der Kaiser 20 000 Mark spendete, ist nicht ausgeschlossen. Der Besuch erfolgt wahrscheinlich im Anschluß an den üblichen Brückentwiler Jagdaufenthalt. — Der Senior des fürstlich Hohenzollern-Gesamthauses,

diesen Forderungen Berechtigten geschädigt. Die Hypothekengläubiger können im Falle der Nichtzahlung der Zinsen zwar die Zwangsverwaltung des Grundstücks beantragen, allein bis diese erfolgt, kann der antichretische Nugnießer schon arg geknallt haben. Für die Miether ist in solchen Fällen große Vorsicht geboten; sie dürfen die Miete nicht für mehrere Miettermine im voraus bezahlen, jedenfalls nicht für länger als drei Monate, da sie nicht wissen, wie lange der antichretische Nugnießer zur Einziehung der Mieten berechtigt sein kann, beim Eintritt einer Zwangsverwaltung hätten sie die vorausbezahlten Mieten dann noch einmal dem gerichtlichen Verwalter zu zahlen. Es kann auch vorkommen, daß andere Gläubiger im Prozeßwege Arrest auf die Mieten ausbringen oder daß der „Antichretik“ einem anderen Gläubiger die Mieten gebirt, in solchen Fällen ist es ratsam, die Miete auf der gerichtlichen Unterlegungsstelle zu hinterlegen und Besizer und Gläubiger des Grundstücks den Rechtsstreit unter sich aufschützen zu lassen. Bei antichretischem Besiz ist die Lage für die Miether auch noch insofern ungünstig, als dem antichretischen Besizer das Klage- und Ermittlungsrecht gegen die Miether zusteht, etwaige Rechte derselben auf Zusammenhaltung ihrer Wohn- und Geschäftsräume aber gumeist unerfüllbar bleiben, da der eigentliche Besizer des Hauses ja nur Schulden hat, der antichretische Besizer aber nur Miethen einnehmen will und die Nichtspezichung in diesen Fällen zweifelhaft und widersprechend ist. Das

**Prinz Felix von Hohenlohe-Schringens**, der jüngere Bruder des verstorbenen Herzogs von Meist, vollendet heute sein 80. Lebensjahr. — Am Sonntag ist in Berlin nach langem, schweren Leiden im 45. Lebensjahre der Geheime Regierungsrath und vortragende Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten **Georg Anton** verstorben.

Der Generalleutnant **J. D. Gustav von Senning** auf Schönhof bezeugt heute am 1. d. M. den Tag, an dem er vor 50 Jahren in den Militärdienst eintrat. Vom Dezember 1886 bis November 1888 kommandierte er als Generalmajor die 25. Infanteriebrigade in Münster, dann wurde er auf sein Abschiedsgeld als Generalleutnant zur Disposition gestellt. — Am 2. März bezeugt in Stuttgart eines der ältesten Mitglieder der nationalliberalen Partei, **Dr. Otto Eßen**, das Fest der goldenen Hochzeit und zugleich sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum als Redakteur des „Schwäbischen Merkur“.

**Überbürgermeister A. D. Leopold Kaufmann** in Bonn ist gestorben. — Die Verkehrscommission des Provinziallandtages zu Königsberg hat bei diesem beantragt, zu den Kosten des Grunderwerbes für den **masurenischen Schiffahrtskanal** einen Zuschuß von 200 000 Mark aus Provinzialmitteln zu gewähren. — Der **Kriegerverein** für Graudenis (Nordschleswig) und Umgegend wollte die diesjährige **Königsgeburtstagsfeier** durch einen Gottesdienst einleiten. Der darum angegangene Pastor Zerlang in Halebüll machte zur Bedingung, daß die Kriegervereinsmitglieder ohne Fahnen und Muff zu Kirche kämen und nachher still nach Hause gingen, also den Tag nicht weiter feiern; nur die Bedingung des Erscheins ohne Fahnen ließ er fallen. Die Feier ging also ohne Gottesdienst vor sich. Der Kriegerverein hat sich bei der kirchlichen Behörde beschwert. — Der Landrat des Kreises Marienwerder machte es den Gemeindevorstehern und Schöffen in einer Verfügung zur Pflicht, allen Versuchen, in Gemeindeversammlungen und Gemeindevertretungen in **polnischer Sprache** zu verhandeln, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Für den Fall, daß die Gemeindevorsteher und Schöffen es an der nöthigen Aufmerksamkeit und Entschiedenheit in dieser Hinsicht fehlen lassen sollten, werden strenge Strafen angedroht.

**Berlin**, 1. März. Am 1. April soll die Bestimmung des Margarinegesetzes, welche gestimmte Verkaufsräume für Butter und Margarine vorschreibt, in Kraft treten, und noch immer hind Regulative seitens der Regierungen nicht erlassen. Graf Pöschowsky hat sogar jüngst erklärt, daß die Bundesregierungen noch über die Einzelheiten Erwägungen anstellen und Schwierig zu allgemeinen Ausführungsbestimmungen gelangen könnten, weil — aus dem Gesetz nicht zu ersehen sei, was man unter getrennten Verkaufsräumen zu verstehen habe! Die Interessenten, die Händler sollen zu rechter Zeit ihre Vorbereitungen treffen! Sie sollen dautige Einrichtungen schaffen, die das Auge der Polizei und des Richters befriedigen und sie selbst vor Strafe bewahren. Ja, ob sie das Richtige treffen werden? Die Strafe folgt hier dem Irrthum nach dem Fuße und wer sich heilt, die gesetzliche Vorschrift rechtzeitig zu erfüllen, setzt sich der Gefahr doppelter Bankosten, zwiefacher Geschäftsstörung aus. Die Regierung unterweist den Orientalenarenhändler nicht: auf seine Kosten wird er später vom Richter befehrt werden, soweit er nicht vorzieht, um aus dem Dilemma aus kommen — nur Margarine zu führen, ein Ausweg, der in den minder vornehmen Quartieren gewiß zumeist ergriffen werden wird.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage, betreffend statistische Uebersichten über die Durchführung der Arbeitererschließungsgesetze im Reich der preussischen Heeresverwaltung, zur Kenntniß genommen und dem Entwurf zu Bestimmungen über die Wiederholung der statistischen Aufnahme des Heerpersonalen die Zustimmung ertheilt. Sodann wurden die Mitglieder des provisorischen und des ordentlichen Reichsraths für das Auswanderungsgesetz gewählt. Endlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— Der am Sonntag in Weimar abgehaltene national-liberale Parteitag für Thüringen nahm einstimmig folgenden Beschluß an: „Der national-liberale Parteitag für Thüringen begrüßt mit beifolgender Freude die geübteste Aussicht auf das Zusammenkommen der Flottenvorlage und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß damit endlich die Zeit abgeschlossen sein wird, in welcher die Fragen unserer Wehrkraft und äußeren Machtstellung als Streitfragen der Parteien ausgetragen werden mußten. Der Parteitag erklärt sich — in voller Uebereinstimmung mit den liberalen Grundlagen des Parteiprogramms und unter voller Wahrung der Selbstständigkeit und

Das Gericht hält den antichretischen Besitzer auch einerseits zur Erfüllung des Mietbetrages verpflichtet, das andere nur den in das Grundbuch eingetragenen Besitzer, der ja aber nichts hat. Der antichretische Besitz gilt, wenn der Inhaber desselben sonst seinen Verpflichtungen nachkommt, so lange, bis die Forderung desselben aus den Ueberschüssen der Mietbeträgen gedeckt ist. Jedenfalls wird ein antichretischer Besitzer immer zu Mietsteigerungen und zu möglichst geringen Auslagen geneigt sein, da er aus den Einnahmen so schnell wie möglich seine Forderung befriedigen will und ein weiteres Interesse an dem Bestande des Grundstücks nicht hat.

**Die unbefugte Anfertigung der Hauschlüssel.** Bei Beratung des Etats der Reichsverwaltung wurde kürzlich im Reichstage die für Hausbesitzer wichtige Frage angeregt, ob es nicht in der Zeit sei, den § 369 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs, betreffend die unbefugte Schlüsselanfertigung und Schlüsselöffnung, aufzuheben. Der nationalliberale Abgeordnete Hoffmann vertrat die Meinung, daß diese Bestimmung ehemals wohl große Berechtigung gehabt haben möge, jetzt aber eraltet sei und unter den heutigen Verhältnissen lediglich eine Privilegierung des Eisenhandels gegenüber dem Schlosserhandwerk bedeute. Heute könne man mit 24 Schlüsseln jedes Schloss öffnen, und diese Schlüssel seien in jedem Eisenladen käuflich. Staatssekretär Niederding schloß sich der Meinung, daß die Bestimmung veraltet sei.

Unabhängigkeit der Partei — gern bereit, dem Gedanken einer Sammlung zu dienen. Es versteht diesen Gedanken im Sinne einer Sammlung aller politisch bewussten Elemente der Wählerschaft zur Verteidigung eines sicheren, freien Verfassungslebens gegen jede Art von Anfechtung und insbesondere zur Verteidigung von Staat und Erwerbsordnung gegen die sozialrevolutionäre Gefahr. Er versteht den Gedanken weiterhin im Sinne einer Sammlung aller maßvollen Wirtschaftspolitiker zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der großen Erwerbsstände — Industrie, Landwirtschaft, Handelsgewerbe und Handwerk — bei der Gesetzgebung und Verwaltung, namentlich bei der Vorbereitung der nächsten Handelsverträge. Der Parteitag spricht den lebhaften Wunsch aus, daß bei dieser Vorbereitung die mit den geltenden Verträgen gesammelten Erfahrungen bestens verwertet werden, damit ein sicherer Stützpunkt der nationalen Arbeit hierdurch begründet wird und insbesondere auch die berechtigten Interessen der Landwirtschaft dabei in jeder möglichen Weise berücksichtigt werden.“

— Der 12. Berufsgeoffenenschaftstag wird am 29. März in Berlin abgehalten werden. Er wird zur Gewährung von Zuschüssen an in Krankenhäusern befindliche Verletzte und zur Ausbildung der Betriebsangestellten im Samariterdienst Stellung nehmen.

— Die in Karlsrube eingetroffenen Nachrichten über den Verlauf der Krankheit der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen sind, wie „Karlsr. Ztg.“ meldet, im Ganzen günstig, da die Temperatur sich fast normal verhält. Die begleitenden Erscheinungen der Masern-erkrankung sind jedoch recht belästigend für die Kranke.

— Kürzlich wurde aus Elßig-Lothringen berichtet, daß der Kreisdirector Bencer von Greifin bei der Reichstagswahl von 1893 Wahlzettel habe herstellen lassen, die durch ihr Aussehen leicht von den anderen Wahlzetteln zu unterscheiden waren. Diese Angelegenheit ist jetzt im Bundesauschuß von Elßig-Lothringen zur Sprache gekommen; es wird darüber aus Straßburg berichtet: Abgeordneter Spies brachte ein Vorkommniß zur Sprache, welches anläßlich eines kürzlich verhandelten Preßprozesses ans Tageslicht gekommen war. Es handelte sich darum, daß dem Kreisdirector Bencer von Greifin vorgeworfen wurde, er habe bei der Reichstagswahl von 1893 in der Druckerei des Kreisblattes erkennbare Wahlzettel von gelber Farbe bestellt, um festzustellen, wer sozialistisch wähle. Der Staatssekretär erklärte, er habe erst durch den Preßproß davon gehört. Durch die gerichtliche Verhandlung sei, soweit bisher im Allgemeinen festgestellt, eine bedauerliche Auffassung des Kreisdirectors von seinen Pflichten zu Tage getreten. Der Kreisdirector habe allerdings lediglich als Privatmann verfahren, auch die fraglichen Wahlzettel, die übrigens gar nicht zur Verwendung gekommen seien, habe er aus seiner Tasche bezahlt. Trotzdem sei das Verfahren des Kreisdirectors natürlich durchaus zu mißbilligen. Spies nimmt mit Genehmigung Alt davon. Das Land rechne aber darauf, daß es mit dieser Bewertung nicht abgehen sei. Winterer betonte, ob die Zettel zur Vertheilung gelangt seien, er scheine ganz nebenächlich. Es scheie fest, daß der Kreisdirector einen Drucker zu einer gesekwidrigen Handlung verleitet habe. Nur darauf komme es an. Nächstens seien wieder Wahlen. Ob da etwa im Kreise Greifin noch derselbe Beamte amtiiren solle, der jene gesekwidrige Handlung begangen habe? Der Staatssekretär erklärte darauf, es sei Sache der Exekutive, die einzelnen Maßregeln gegen einen Beamten zu ergreifen, der sich etwas halb zu Schulden kommen lassen. Die Volkvertretung könne wohl kontrolliren, ob und was geschehe, und sich eintheilen des Falles darüber beschweren, daß nach ihrer Ansicht nicht das Richtige geschehen sei, aber das Recht, von vornherein zu bestimmen, was geschehen solle, das bejage sie nicht.

**Wien, 2. Februar.** Kronprinzessin-Witwe Stephanie ist an linksseitiger Lungen- und Nippelentzündung erkrankt. Der Verlauf der Krankheit ist bisher normal. Das Bulletin konstatirt einen ansehnlichen vorläufigen Stillstand der Lungenentzündung, sowie sehr vermindertes Fieber. Die schwere Erkrankung der Kronprinzessin Stephanie begann vor zwei Wochen mit leichtem Katarrh; trotzdem beugte die Kronprinzessin dem Will bei dem Grafen Goluchowski, wo sie sich erholte, so daß Fieber eintrat. Die Erkrankte mußte dann auf die Theilnahme am Fußball in Pest verzichten. Vor sechs Tagen trat eine linksseitige Lungen- und Nippelentzündung ein. Während der Nacht herrscht Athembnoth und quälender Husten mit eitrigen Sputum. Die Patientin leidet auch unter einer tiefen Gemüthsdepression, weil sie niemals krank

n, auch namens der Bundesregierungen, und  
gesprochen, daß die Frage bei der ohnehin nöthigen  
Revision des Strafgesetzbuchs mit geregelt werden  
solle. — Hierzu bemerkt das „Grundgesetz“:  
„Hoffentlich geschieht dies nicht ohne vorherige An-  
sicht der Hausbesitzer, die an der Frage doch  
mit in erster Linie interessiert und deren Schutz die  
betreffende Bestimmung vornehmlich galt. Denn  
diese lautet: „Mit Geldstrafe bis zu vierhundert  
Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen werden  
bestraft: Schlosser, welche ohne obgerichtliche An-  
weisung oder ohne Genehmigung des Inhabers  
ihrer Wohnung Schlüssel zu Zimmern (oder bei Be-  
hältnissen in den letzteren) anfertigen oder Schlösser  
in denselben öffnen, ohne Genehmigung des Haus-  
eigenthümers oder seines Stellvertreters einen Haus-  
schlüssel anfertigen oder ohne Erlaubniß der Bo-  
zeugsbehörde Nachschlüssel oder Dietriche verab-  
folgen.“ Die Bestimmung mag insofern veraltet  
sein, als sie den Schutz auf die Fälle beschränkt,  
in denen der Schlosser der Schlüsselverkäufer oder  
die Mittelsperson beim unbefugten Zimmeröffnen  
ist. der gesetzgeberische Grund der Vorschrift  
aber besteht nach wie vor, und es wäre vielleicht  
besser zu erwägen, wie sie passend erweitert werden  
könnte.

**Unangenehme Ausdünstungen von Papiertapeten** sind meistens da zu bemerken, wo zur Färbung Ultramarin verwendet wurde, also speziell bei blauen und grünen Mustern. Ultramarin ist ein ganz unfehlbarer, schöner

war und nur einmal leichte Schafblattern hatte.  
Der Verlauf der Krankheit ist normal; heute  
Abend war das Befinden besser.

Brinzessin Klementine von Koburg liegt seit der Nacht in Apople. Das Bulletin von heute früh besagt: Nachts verschlimmerte sich das Befinden wesentlich. Herzschwäche, zunehmender Kräfteverfall. Heute Abend war der Zustand der Patientin hoffnungslos.

**Wien**, 23. Februar. Das Eintreffen der Kaiserin von Oesterreich in Bad Kissingen ist auf den 15. April festgesetzt. Das diesjährige Absteigequartier ist Villa Monbijou.

**Paris, 27. Februar.** Die Kammer, welche mit der Budgetdebatte noch nicht zu Ende ist, mußte den Beschluß fassen, für den Monat März das dritte provisorische Steuerwüßtel aufschreiben zu lassen. Da sie Ende März um jeden Preis auseinandergeben will, um die Neuwahlen vorzubereiten, so wird es zu einem vierten nicht kommen, es sei denn, daß der Senat nichts überstürzen wollte und die Grenze, welche die Kammer sich gesteckt hat, bei der Verakung des Budgets für 1898 dennoch überschritte. Auch gestern wieder bewilligte die Kammer bei der Debatte über das Budget des Aderbaumministeriums Kredite über Kredite, unbekümmert darum, wie das Defizit zu decken sein wird, lediglich darauf bedacht, den Wählern Freude zu machen, um deren Gunst die Abgeordneten sich bald werden bewerben müssen.

In einer Versammlung der Generalräthe und Arrondissementräthe der Nideralpen wurde jüngsthin beschloffen, bei den nächsten Abgeordnetenwahlen an Stelle der Kandidatur des Abgeordneten Josef Reinach einer anderen den Vorzug zu geben. Der bisherige Vertreter vom Digne erhielt hierbzu durch ein vom 25. Februar datirtes Schreiben Kenntniß, auf welches er antwortet, er werde befehnungsgladt sich von Neuem um den Sitz, den er in der Kammer inne hat, bewerben und es dem allgemeinen Stimmrecht überlassen, zu entscheiden, ob er der Wiederwahl würdig sei oder nicht. Er hat noch andere Briefe, die aufmunternd lauten, erhalten, und er sieht daraus, daß es in den Nideralpen noch viele verständige und rechtschaffene Leute giebt, welche dem Meritaktismus und der Diktatur, die man nun in Frankreich einzuschmuggeln sucht, abgeneigt sind.

**Kreta.** Rania, 10. Februar. In Folge der nun über zwei Jahre andauernden Unruhen haben sich Noth und Elend unter der unglücklichen Bevölkerung immer mehr ausgebreitet. Die so reichs Insel ist nicht viel mehr als ein Trümmerhaufen, fast die Hälfte des ganzen Bestandes an Olivenbäumen, dem Hauptreichtum der Insel, ist theils aus Holzmangel, theils aus Fanatismus niedergefallen worden, ein Anbau der Felder ist bei der anhaltenden Unsicherheit unmöglich, auch fehlt das Geld für die Aussaaten, da alles Elbare bereits längst aufgezehrt wurde. Der Tod wüthet in schrecklicher Weise in den Dörfern und die Hungersnoth treibt Hunderte von Familien zur Flucht nach Griechenland, wo diese Unglücklichen, aller Mittel bar, nach dem unheilvollen Kriege mit der Türkei mangelnde Gäste geworden sind. Fast alle Tagelöhner neue Züge von Flüchtlingen in dem Küstenorte Palaioastro an, um sich von dort nach Griechenland zu begeben. Die Engländer wenden in großherziger Weise den Unglücklichen Unterstützung zu und bleiben nicht hinter den Konfulaten zurück. Etliche in Folge Elend und Hunger niedergeknürrte, schwerranke Personen wurden auf Befehl des Kommandanten des englischen Panzers „Anion“ durch dessen Boote in die Stadt gebracht, wo sie auf seine Kosten versorgt und hergestellt werden. Der von dem hiesigen Konfulatskorps entsandte russische Bize-Konsul berichtet über entsetzliche Zustände im Innern in Folge der immer schrecklicher werdenden Hungersnoth. Ueber 600 flüchtige Familien befinden sich augenblicklich in Palaioastro ohne Mittel und Nahrung, dem schrecklichsten Elend preisgegeben, wenn nicht sofort ausgiebige Hilfe kommt. Diese Flüchtlinge geben ein deutliches Bild der in den Provinzen wüthenden Verwerfungen. Aber auch in der Stadt Rania, in der über 55 000 Muselmanen zusammengebrängt sind, herrscht bitterste Noth und mehren sich die Todesfälle in Folge des allgemeinen Elends und der vollständigen Verwuth in unheimlicher Weise. Es wird zwar in der ganzen Türkei für die türkischen Nothleidenden auf Kreta gesammelt und die Erträgnisse mögen wohl auch zum Theil hier eintreffen, doch sind diese Unterstützungen im Verhältnis zu dem Elend und der Noth so gering und ungenügend, daß sie kaum bemerkbar werden. Wo bleibt diesem schrecklichen Elend gegenüber das humane Europa?

Vaporsstoff, der jedoch, wie das Patentbureau von D. u. W. Pataty in Berlin berichtet, die fatale Eigenschaft besitzt, bei Gegenwart einer Säure Schwefelwasserstoff, das bekannte, nach altem Geruch riechende Gas, zu entwickeln. Man ist der Meistler, der zum Ankleben der Tapeten benutzt wird, in der Regel bereits vorher sauer oder wird es, wie man sich leicht durch den Geruch überzeugen kann, bald nach dem Anstreichen, und so kommt es, daß das Ultramarin auf der Tapete sich zersetzt und der üble Geruch des Schwefelwasserstoffes verbreitet wird. Wenn die Tapete direkt auf den Kalk der Wände aufgeklebt wird, so wirkt der letztere neutralisirend auf die Milchsäure des Meistlers ein, sobald dann diese unangenehme Ausdünstung weniger eint auftritt; anders jedoch, wenn bereits alte ultramarinhaltige Tapeten unter der neuen liegen. In diesem Falle ist der Einfluß der Säure ungezwungen und direkt und der Geruch oft unentsetzbar anhaltend. Man muß aus diesem Grunde blaue Tapeten stets von den Wänden vollständig entfernen, ehe man neue aufklebt, oder sich eines absolut säurefreien Klebstoffes bedienen; schon aus Reinlichkeits- und hygienischen Rücksichten ist aber das Abstreifen der alten Tapeten zu empfehlen.

